

Bezugspreis:
Monatlich 1.10 M., vierteljährlich 3.30 M.
für das Haus bestellt, od. in der Geschäftsstelle
a. bei der Post abgeholt. Durch den Zeit-
träger bezahlt 14 Pfg. bzw. 42 Pfg. mehr.
Frei-Beilagen:
Sonnen- und Winterfahrplan.
Nationaler Landkarte.
Jahres- und Monats-
Ersteinzel täglich
außer an Sonntagen und Feiertagen.

Naßauer Bote

Verantwortlich: Dr. Albert Eicher. Redaktionsrat u. Verlag der Naßauer Druckerei, G. m. b. H., i. d. Naßau, Direktor, alle in Naßau.

Anzeigenpreis:
Die siebenstellige Seite oder deren Raum
20 Pfg. Bei halbjährigen und längeren
Anzeigen ist die erste Aufnahme unentgeltlich.
Kleinanzeigen 10 Pfg.
Anzeigen-Ausnahme:
Für die Tagesausgabe bis 6 Uhr am Vorabend.
Nachtrag nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.
Geschäftsstelle: Dreyerstraße 17.
Postfach 12362 Frankfurt.

Nr. 240. Limburg a. d. Lahn, Dienstag, den 15. Oktober 1918. 49. Jahrgang.

In neuen Stellungen. Deutscher Tagesbericht.

W. Großes Hauptquartier, 14. Okt.
(Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Vorstöße des Gegners gegen die Kanalfront be-
reits von Douai wurden abgewiesen.
Der Feind, der vorübergehend in Aubigny ein-
drang, wurde im Gegenstoß wieder hinausgewor-
fen. Nordöstlich von Cambrai sind härtere engl.
Angriffe zwischen Bouchain u. Gasperes gescheitert.
Südlich von Solesmes verbleiben wir ein aus den
letzten Kämpfen noch verbleibendes Engländerneut.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Oise wurden erneute Angriffe der
Franzosen bei und südlich von Aisoville abgewie-
sen. Nördlich von Laon und an der Aisne stehen
wir in unseren neuen Stellungen. Die erfolg-
reichen Kämpfe der letzten Tage am Chemin des
Dames und an den Stellungen der Suippe, vor
denen der Feind in fast täglich wiederholtem ver-
geblichem Ansturm schwere Verluste erlitt, haben
denso wie auf dem Schlachtfeld in der Cham-
pagne die glatte Durchführung der Bewegungen
ermöglicht.

Heeresgruppe von Gallwitz.

Weiterhin der Maas keine größeren Kampf-
handlungen. In erfolgreichen Angriffsunter-
nehmungen nahmen wir kleinere, nach Abschluß
der Kämpfe vom 12. Oktober noch vom Feinde be-
setzte gehaltenen Stellungen wieder.

Der Erste Generalartilleriechef:
Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W. Berlin, 14. Okt. (Amtlich.) In Flan-
dern griff der Feind auf breiter Front zwischen
Dijonville und der Ves an. Wir fingen den Stoß
auf. An der Oise und Aisne und westlich der Maas
geleiteten Angriffe der Franzosen und der Ameri-
kaner.

Wiener Tagesbericht.

W. Wien, 13. Okt. (Amtlich) wird verlan-
det:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gegner haben die Angriffe in den Sieben
Gemeinden nicht wieder aufgenommen. Ueberall
gewöhnliche Kampflosigkeit.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Albanien wird der Rückmarsch befehlsmäßig
fortgesetzt. Im Gebiet von Durrës macht sich starker
Bandenzug fühlbar. Risch wurde nach mehrstägigen
hinhaltenen Gefechten dem Feinde überlassen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Beaumont waren unsere Regimenter ober-
haupt an der Abwehr amerikanischer Angriffe er-
folgreich beteiligt.

Der Chef des Generalstabes.

Die Hoffnung auf Frieden.

Basel, 14. Okt. Die Rheinischer Banken schlie-
ßen nach hier eingetroffenen Meldungen Salu-
tagelänge auf Ende November ab, was ei-
nen baldigen Frieden erwarten läßt.

Der „Manchester Guardian“ glaubt, daß eine
Dreiviertelmehrheit im Unterhause für das
Wilsonsche Programm sei.

„Times“, „Daily Telegraph“ und „Daily
News“ melden, daß der Pariser Allier-
tenrat sich für die 14 Punkte Wilsons aus-
gesprochen habe.

London und Washington.

Karlruhe, 14. Okt. Von zuverlässiger Seite
erfahren die „Neuen Zürcher Nachrichten“, daß
Wilson in den letzten Tagen in London in wach-
sende Unterstützung für das angebotene
Friedenswerk fand und daß auch der Wider-
stand Frankreichs wesentlich nachgelas-
sen habe. In Italien ist man etwas neidisch auf
Wilson und umgeben darüber, daß sich Deutsch-
land nur an den amerikanischen Präsidenten ge-
wandt hat.

Zur Räumungsfrage.

Die Forderung der bedenklichsten Punkt im deutschen An-
gebot, äußert sich die Berliner „Germania“, das
Sprachrohr der Zentrumsfaktion, in der
Sonntagsnummer in folgender Weise:

„Aber auch wegen der Räumung der beset-
zten Gebiete war man allerorts auf die erfolgte
Entscheidung gespannt. Wir lassen hier pflichtgemäß die
militärische Seite dieser Frage außer Betracht. Politisch
gesprochen haben wir wieder im Osten noch im Westen
die Absicht bekundet, die besetzten Gebiete zu behal-
ten. Im Osten soll das Selbstbestimmungsrecht in der
neuen Form, zu der sich die vier großen Reichstags-
parteien in ihrem mit der Regierung vereinbarten
Programm erneut bekannt haben, entscheiden. Im
Westen scheint es, als gäbe man sich plötzlich einen
Rückziehl aus der Hand. Aber die Hauptbedenken, die
unseren früheren Regierung aufgestellt hatte, ist in dem
letzten Augenblick erledigt, in dem sich alle Parteien
auf den Boden des Wilsonschen Friedensprogramms
stellen. Wodurch sollte ein Rückziehl als Faust-
hand dienen? Nun, für Deutschlands Beteiligung an
dem Völkerbund der Großmächte, für die Sicherung

der Freiheit der Meere, für die offene Tür im Welt-
handel und den Verzicht auf einen gegen und gerichteten
wirtschaftlichen Boykott. Das alles aber soll uns
auf Grund der Wilsonschen Punkte ohnehin gewiß sein.
Die Räumung der besetzten Gebiete ist dann aber po-
litisch nur noch eine Frage des Zeitpunktes und — des
Vertrauens. Das Vertrauen zu Wilsons Ehrlich-
keit und seinem guten Willen, das Deutschland in der
ersten Note bekundete, hat es heute durch eine Tat
untergraben. Die Räumung ist übertrieben ist, und die
daraus auch auf der Gegenseite alle Zweifel hinweg-
fegen muß, die bisher in die Räumungsfrage unserer
Friedenswillen immer wieder gesetzt wurden. Heute
kommen wir den guten Glauben für uns vollständig be-
anspruchend.

Das wird vielleicht nicht verhindern, daß in weiten
Reichen das Gefühl eintritt, daß übermäßig übertrieben
wird, daß Deutschland hier ein großes Opfer bringt.
Aber opfern wir nicht seit Jahren Tag für Tag, und
ist es uns nicht allen lange klar, daß wir ohne Opfer,
ohne große Opfer den Frieden niemals werden er-
reichen können? Heute versuchen wir es auf anderen
Wege, als die früheren Regierungen gegangen sind.
Der Anfang war schwer, wie aller Anfang ist. Wie
hoffen wir, daß er der rechte sein werde, daß wir
nun zu dem Frieden des Rechts den Zugang
finden, den die ganze Welt so dringend begehrt.

Der „Berliner Botschafter“ bemerkt zum
Räumungsplan der Note: Der aktuellste und
gegenwärtig wichtigste Teil der deutschen Ant-
wortnote bezieht sich auf die Räumung der von
uns besetzten Gebiete. Sie wird vorbehaltlos zu-
gestanden. Wir waren durch dasbaldige Kund-
gebungen darauf vorbereitet worden, daß die Re-
gierung den Forderungen Wilsons sehr weit ent-
gegenkommen würde. Daß sie aber der Räumung
der besetzten Gebiete ohne jeden Vorbehalt zustim-
men würde, hatten wir doch nicht erwartet. Wir
hatten geglaubt, daß sie von Wilson und seinen
Verbündeten wenigstens die Zusicherung verlan-
gen würde, daß die Truppen der Entente das von
den deutschen Truppen geräumte Belgien nicht be-
setzen dürfen, und daß Belgien, falls die Friedens-
verhandlungen scheitern sollten, neutral bleiben
müsse. Wir wollen hoffen, daß diese Forderungen,
die uns für die Sicherheit des heimischen Bo-
dens unerlässlich erscheinen, wenigstens in der ge-
meinsamen Kommission, deren Einsetzung die Note
Präsidenten der Vereinigten Staaten anheimstellt,
erörtert und durchgesetzt werden. Wenn der En-
tente das Schicksal Belgiens nicht ganz gleichgültig
ist, so muß sie auf diese Forderung eingehen,
denn nur durch sie kann verhindert werden, daß
das schwer geprüfte Land, wenn die Friedensver-
handlungen scheitern sollten, zum zweitenmal zum
Kriegsschauplatz wird.

Frankreichs Bestimmung gegen Wilson.

Lugano, 13. Okt. Der Pariser Korrespondent
Campolongo des „Secolo“ berichtet über die
Stimmung der dortigen Pariser politischen Kreise
in einer Weise, die den Schluß nahelegt, daß man
in diesen Kreisen wenig erbaut über das An-
treten Wilsons ist. Vielfach wurde bemerkt, daß
in Bezug auf die Forderung der Räumung der be-
setzten Gebiete Wilson es den zuständigen mili-
tärlichen Behörden hätte überlassen sollen, die Be-
dingungen festzustellen. Auch jetzt, nachdem Wil-
son sich auf die einfache Forderung der Räumung
beschränkt, könne diese ihre Wirkung nur durch
die Entschiedenheit der militärlichen Autoritäten
der unmittelbar interessierten Länder erhalten.
Ueberhaupt habe Wilson nur für sich selbst
geantwortet und die Regierungen der Entente-
länder hätten infolgedessen bezüglich der praktischen
Anwendung der Wilsonschen Forderung volle Freiheit.
Nach dem Korrespondenten ist man in gewissen
politischen Kreisen der Entente der Überzeugung,
daß die Aufgabe Wilsons als beendet anzusehen
ist und nunmehr die Aufgabe der Entente be-
ginne.

Zum Systemwechsel in Ost-Preußen.

Zum zweiten Male folgt Dr. Schwander ei-
nem Aule in ein hohes Amt. Am 5. August 1917
wurde er Staatssekretär des Reichswirtschafts-
amtes, aber bereits wenige Monate später, am 20.
November, trat er von diesem Amte zurück und
kehrte auf den verwaist gebliebenen Bürgermeis-
terstuhl der Stadt Straßburg zurück. Die Gründe
für Dr. Schwanders Rücktritt lagen in seinen ge-
sundheitlichen Verhältnissen, die er den großen
Anforderungen, die das Amt stellte, damals nicht
genügen glaubte.

Zum äußeren Lebensgang des Statthalters sei
daran erinnert, daß Dr. Schwander, der jetzt im
50. Lebensjahre steht, nach dem Besuch der Volks-
schule zunächst als Schreiber bei dem Bürger-
meisteramt seiner Vaterstadt Colmar eintrat, wo
er in allen Zweigen der städtischen Verwaltung ar-
beitete, zuletzt als Leiter des Armenamtes. In-
zwischen hatte er sich durch privates Studium auf
den Besuch der Universität vorbereitet, studierte
vier Jahre und promovierte zum Doktor der
Staatswissenschaften, wurde 1896 als Generalsek-
retär des Armenamtes in die Straßburger Ge-
meindeverwaltung berufen, wenige Jahre später
Beigeordneter und 1908 nach dem Rücktritt des
Bürgermeisters Dr. Bod dessen Nachfolger. Die
Verdienste Dr. Schwanders um das Straßburger
Gemeindewesen sind bekannt. Auch parlamenta-
risch ist er hervorgetreten, als Mitglied des alten
Landesparlamentes und nach der Einführung der
neuen Verfassung als Vertreter Straßburgs in
der ersten Kammer.

Die Parlamentarisierung der elsass-lothring.
Regierung findet ihren prägnantesten Ausdruck
in der zu erwartenden Verfassung des Abgeord-
neten Karl Gauß auf den Posten des Staats-
sekretärs. Gauß ist der Führer des elsass-lothring.
Zentrums sowohl im Landtag wie im Reichs-
tag und hat als solcher bei allen bedeutenden Fra-
gen, die im Parlament zur Verhandlung standen,
das Wort genommen.

Eine Erklärung der Konservativen.

Die deutsch-konservative Fraktion des Reichs-
tages hat zu den Verhandlungen über die Beant-
wortung der Note des Präsidenten Wilson fol-
gende Erklärung beschlossen:

Unsere Partei stehen noch immer weit in Fein-
desland. Die Räumung der besetzten Gebiete,
ehe ein ehrenvoller Friede und die Unversehrtheit
des Reichsgebietes gesichert sind, kann verhängnis-
voll werden. — Jede Preisgabe deutscher Erde
ist mit Deutschlands Ehre unvereinbar. Welche
vaterländische Kreise erwarten mit uns eine Erklä-
rung der Regierung, daß sie hieran unerschütter-
festhalten wird. Das deutsche Volk ist entschlossen,
den heiligen Boden des Vaterlandes bis zum Ver-
bleiben zu verteidigen.

! (Schicksalsstunden unseres Volkes.

Limburg, 15. Oktober.

Eine imposante Versammlung hatte sich gestern Nach-
mittag im großen Saale der Alten Post auf Einladung
des Kreisvorsitzenden versammelt, um über die
schwebenden Fragen, die unser Volk, so die ganze Welt
beherrschen, von deutscher Seite Aufklärung zu erhal-
ten. Der Vorsitzende und Redakteur für die A.
Kriegsanleihe war die Versammlung gewidmet.
Sie gestaltete sich zu einer mächtigen vaterländischen
Anregung, die die Schreier des Zweifels, die sich auf
weite Teile des Volkes niedergelassen haben, gerricht
die Freude an Heimat und Vaterland auf neue Be-
lebung. Einer guten Einwirkung auf die Werberarbeit für
die A. Kriegsanleihe, dürfen die Herrn Redner sicher
sein.

In Stelle des dienstlich verhinderten Landesamts-
verwalters Herrn Regierungsdirektor v. Borde
eröffnete und leitete Herr Bürgermeister Gaertgen
Limburg die Tagung. Mit einem Hinweis auf den
Erfolg der Stunde verband er in seiner Eröffnungsrede
einen Willkommensgruß an die Versammelten, unter
denen er besonders den Herrn Herrn Bischof
Augustinus begrüßte. In einem glänzenden Vor-
trage verarbeitete sich abends Herr Dr. Busch von
der Zentrale des Volkstheaters für das katholische
Deutschland in R. Haddach über das Thema:

Schicksalsstunden unseres Volkes.

Er wies zu Beginn seiner Ausführungen hin auf
die gewaltige Spannung, die alle Welt zur Zeit in
sich hält. Die Uhr der Weltgeschichte ist unter ebe-
nen Umständen die letzten Jahre vorangegangen
und der große Reiger nähert sich dem Schluß der
Stunde. Die Geschichte der Generationen, das Geschick
von Jahrhunderten erfüllt uns mit Hoffnungen aber
auch mit Besorgnissen. In einem Bild der außer- u.
innerpolitischen Ereignisse der letzten Zeit legte Redner
dann dar, daß wir keinen Grund haben mit Mitleid
den Zukunft entgegenzusehen, daß wir aber auch nicht
gleichgültig, sondern eifrig und feil der Gestaltung des
Friedens entgegenstehen müssen. Ein Rückblick auf die
militärische Entwicklung der letzten 6 Monate zeigte
abdom die letzten Wochen unserer heutigen Tage
im Osten war das Judentum bewußt; daß Hoff-
nung auf endgültigen Sieg u. siegreichen Frieden
konnten wir uns mit aller Kraft nach Westen wenden. Es ist
begreiflich, daß viele hofften, nun werde die Entschei-
dung ergebnen. Wir trachten nach dem Werke hin
durchzubrechen. Der Schlag gelang nicht vollständig
trotz des gewaltigen Erfolges unserer Heere. Wir
wandten uns dann gegen Paris, um den Feind zum
Frieden zu bringen. Auch hier ging es gut voran, je-
doch der Hauptschlag verfehlte. Derart und die gewaltigen
Materialverluste — 100000 Tausend fanden dem
Feind zur Verfügung — wandelten unsern Siegeszug
in einen Rückschlag. Dazu kommen die Ereignisse im
Osten, wo die Engländer eine neue Front gegen uns
aufstehen zu bringen suchten, sobald wir gegungen
waren, große Kräfte dort mit Gewalt bei Fuß zurück-
zuführen. Es kam die Notwendigkeit des Eingreifens in
Finnland und in der Ukraine, die angedeutete Haltung
Japans, der Verrat Bulgariens, die Niederlage der
Türken in Palästina. Die Spannkraft unserer über-
reichlich-ungarischen Bundesgenossen wurde durch die
Türken gelähmt. Alle diese Ereignisse trugen dazu
bei, daß der Glaube an einen siegreichen Frieden, zu-
mal bei der unterirdischen Offensive unserer Feinde u.
der innerpolitischen Zersplitterung des Volkes dahin-
schwand und die Idee des Verständigungs-friedens
sich erlosch. In all den gefährlichen Schwierigkeiten
soll es die Einsicht im deutschen Volke wieder herzu-
stellen. Es gelang der große Schritt zum Parla-
mentarismus. Eine Resolution wurde der ge-
waltigen Umwälzung entgegen. Dem deutschen Volk
wurde ein Geschenk und eine Aufgabe zugleich überwie-
sen, dessen es sich würdig erheben muß. Es kam das
Friedensangebot, als konsequente Weiterfüh-
rung der Friedensaktionen des Kaisers, des Kaisers
und des Reichstages und damit die Formel „Keine Sie-
ger und keine Besiegte“. Mit Besorgnis und Behut-
samkeit ist die Friedensnote vielfach aufgenommen worden, die
nach ihrer negativen Seite den Verzicht auf einen
ihren positiven Richtung den Völkerbund bedeutet.
Wenn der Völkerbund auf der Grundlage eines freien
Reiches und freien Handels erreicht werden kann, dann
können wir sagen, daß wir auch im Westen unser Ziel
erreicht haben, denn das große Ziel des Krieges für
uns ist die Verteidigung unseres Landes, die Ver-
teidigung unserer Kultur und unserer
Arbeit. Die herrschende Enttäuschung kommt
vielleicht daher, daß wir im Hinblick auf unsere mili-
tärlichen Erfolge und imperialistische Ziele leben, die
über das ursprüngliche Ziel hinausgehen. Da diese
nicht erreicht werden, ist man vielfach Gegner des Ver-
ständigungs-friedens. Demgegenüber ist zu betonen,
daß auch dann, wenn der Krieg und den Besitzstand
läßt, den wir vor dem Kriege hatten, die Tat des deut-
schen Volkes etwas Wunderbares ist und bleibt. Wir
hatten nach 3 Jahren eine gigantische
Aufgabe, von der jede Generation hätte, um unsere
ganze Kraft vollständig zu setzen. Im Osten stand
der gewaltige russische Koloss mit seinen ungeheuren
Vollermassen, mit allen modernen technischen Mitteln
ausgestattet gegen uns. Wir haben ihn geschmettert,
sodass die russische Gefahr auf Generationen hinaus ge-
bannt ist. Wir hatten gegen Frankreich das
deutsche Reich zu verteidigen. Frankreichs Absicht
war das deutsche Reich zu zerstören. Durch die
Einführung der Volkserziehung und die im Innern er-
reichte und Frankreich muß erkennen, daß auch sein
Kriegsziel nicht erreicht ist, selbst auf die Gefahr hin,
daß die elsass-lothring. Frage nicht so gelöst wird, wie viele
es erwarteten. Das dritte Kriegsziel unserer Gegner,
Englands Plan, war unsern Wohlstand und Gon-
del zu vernichten. Das war das Ziel seiner Einlei-
tungsphase der letzten 20 Jahre vor dem Kriege. Au-

vorher, des Krieges erklärte der englische Erstmi-
nister: England wird das Erbe des deutschen Reichtums
antreten. Dieser Dandel war im letzten Fried-
densjahre auf 22 Milliarden Reichsmark angewachsen. Dies
Ziel hätte England erreicht, wenn unsere Industrie-
gegenstand verfallen worden wäre. Aber auch hier ist die
Absicht unserer Feinde zu Nichts geworden. Auch Eng-
lands Absicht, den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege
fortzusetzen, wird ihm nicht gelingen. Das Recht auf
Arbeit läßt sich nicht unterbinden für ein Volk von 70
Millionen; das wird auch England nach diesem Kriege
erfahren müssen. Haben somit unsere Gegner auch
manchen Vorteil errungen, ihre großen Ziele sind ge-
scheitert. Dagegen haben wir das große Ziel, die Ver-
teidigung der Heimat, errungen. Unsere Taten sind
nicht umsonst gefallen, sie haben mit ihrem Leben die
Heimat, Frau und Kind, gesichert. Angeht es dieser
Lage ist es für uns heiligste Pflicht unsere Schuldig-
keit in gleicher Weise zu tun wie unsere Väter im
Feld. Der beste Beweis der Gefolgschaft, die uns
unser Gegner ferner befehrt, daß ihre Ziele niemals
erreicht werden können, ist ein günstiger Ausfall der A.
Kriegsanleihe. Mit einem warmen Appell bei dieser
Anleihe einig und treu zusammenzustehen, damit sich
das Tor des Friedens bald öffnet, schloß der Redner un-
ter lebhaftem Beifall der Zuhörer seine Ausführungen.

Der hochwürdigste Herr Bischof Augustinus
wandte sich darauf in einer feierlichen, podenden
Ansprache, in der er etwa folgendes aussprach, an die
Versammlung: Die A. Kriegsanleihe steht nach weite-
ren und ihrer Meinung unter keinem Stern. Der Herr
Bischof hat in seinen Worten die heiligen Worte ge-
sagt, die wir in den kommenden Tagen denken und
welche Segnungen er uns bringen kann. Wir wollen
alle seine Hoffnungen und Zuversicht teilen und aber
auch nicht verhehlen, daß wir augenblicklich in einer sehr
schweren Gefahr stehen. Einer Gefahr aber muß
man, will man sie manhaft überwinden, klar, mutig u.
fest ins Auge schauen. Im Osten ist ein wertvoller
Bundesgenosse von uns abgefallen. Im Westen stehen
wir einer erdrückenden Übermacht gegenüber. Schlim-
mer noch ist es, daß im Innern es an der gescheiterten
Einheit und an der höheren Zusammenfassung mangelt. Der
häufige Wechsel in der Regierung, in den höchsten Be-
amtenstellen hat vielfach das Volk irre gemacht. Der
gehobenen Stimmung der Augusttage 1914 ist ein Ver-
fallismus gefolgt, der sich in bitteren Worten Luft
macht. Man kann das verstehen und muß es entsetz-
lichen: 40-jähriger Krieg mit all seinen Kosten! Denken
Sie an die Einsprüche in die persönliche Freiheit und an
die Selbstbeherrschung des Bauernstandes, denken Sie
an die Kriegswunden, die die Not anderer Völker in
schmerzlicher Weise ausgenutzt haben, um sich die
Taschen zu füllen. (Lebte richtig!) Alles verstehen,
beißt auch alles verstehen. In einem so großen Ernste
von 70 Millionen, in einem so großen Ereignis können
Wirkstoffe nicht ausbleiben. Da muß auch das Volk
empfinden. Es sollten ihm nur alle Quellen, wo
es es auch treffen, manhaft entgegenzutreten. Diese
bittere Stimmung hat auch leider unser Herr be-
rührt. Der Herr Bischof hat uns heute gesagt, daß
die Gegner Briefe abgemacht, in denen deutsche
Frauen und Mädchen ihrem Mann und Bruder haben.
Und wenn unsere Soldaten im Urlaub unsere Witten-
schaft sehen, nehmen sie diese Stimmung mit an die
Front. Ich habe heute gelesen, daß der Berichtstater
der Times geschrieben hat: Die Moral des Fein-
des muß gebrochen werden. Das ist leider dem Feind
in einem Umfange gelungen und daran haben alle,
die auf unsere Bedenken an der Front ihre Hoffnungen
übertragen haben, einen Teil der Schuld. Diese zu füh-
nen, müßten wir uns mit dem Geiste der Augusttage
erfüllen und unsere Soldaten bitten und ermahnen
wie sie als Heiden angefangen haben, auch als -elben
das Werk zu vollenden. (Bravo!) Die Zustimmung
hat uns nicht gefehlt als wir ahnen. Noch ist es nicht
zu spät. Noch können wir vieles wieder gut machen.
Die Stunde fordert, daß wir unsere heilige Pflicht tun
gegen Gott, unser Gewissen und unser Vaterland. Jetzt,
in dieser ersten Stunde, müssen alle, Männer und
Frauen abscheuen, von dem, was sie trennt, und müssen
sich zu einem ehernen Wall schürmen um die Regierung
stellen und ihre Kraft und Stärke geben, daß sie die
Gefahr überwinden. Ich auch ein großer Teil der Be-
völkerung nicht mit der jetzigen Regierung einverstanden
den, in der Stunde der Gefahr müssen alle Partei-
gegensätze zurücktreten hinter dem Gedanken, wir
müssen das Vaterland retten, koste es, was es wolle.
(Bravo!) In Tagen des Wunders in patriotischen Hoch-
gefühl zu schmelzen ist nicht schwer, aber ungleich
schwerer ist es, wenn man sich in der Stunde der Not
entschlossen auftritt, um dem Vaterlande zu helfen, was
man hat. Dennoch im Felde verbleiben unsere Ver-
der noch immer Heiden, offen noch immer ihr
Leben, wären wir dann würdig, Deutsche zu heißen,
wenn wir in verächtlicher Selbstsucht uns würgen,
dem Vaterlande das zu leihen, was es braucht. Die
A. Kriegsanleihe muß nicht trotz, sondern wegen
der großen Gefahr einen guten Erfolg haben. Wie
alle können zeichnen. Deutschland ist ungeheuer reich.
Ja, es ist unsere moralische Pflicht zu zeichnen. Unsere
Soldaten brauchen haben einen Anspruch darauf, daß
wir ihnen dankbar sind. Wir können, wollen und
müssen zeichnen. Der Herr Bischof hat heute
einem Jüngling aus einer Reihe der Arbeiterführer Gies-
berts dar, was uns bedrückt, wenn der militärische u.
wirtschaftliche Zusammenbruch eintritt, wenn die
Heimat dem Feinde keine bessere Stütze ist als bisher.
Langer, Ueber und Tod werden dann einen Eingang
halten. Das darf immer mehr geschehen. Dem
müssen wir durch Teilnahme an der Kriegsanleihe
unseren Soldaten helfen. Ein elender Wicht, der in
der Stunde der Not nur an seinen Eigennutz denkt und
das Vaterland im Stich läßt. (Beifall.) Geben wir
uns auch Mühe andere zum Zeichnen zu veranlassen.
Die Zahl der kleinen Zeichnen kann kaum aufrechter
gehalten werden, da viele schon alles gezeichnet haben.
Um so mehr müssen diejenigen hervorgehoben werden,
die noch zeichnen können. Wenn der Feind sieht, daß
wir fest entschlossen sind, für die Wohlfahrt und Größe
des Reiches alles einzusetzen, so wird das nicht ohne
Einbruch auf ihn bleiben. Dann wird er auf den Ver-
ständigungs-frieden eher eingehen als umgekehrt. Da-
mit noch einmal: einig bleiben, hart bleiben,
entschlossen bleiben. Verlieren wir nicht den
Glauben an unser Volk. Einigkeit und Kraft und
Liebe zu unserem Volke sind die Heiler unseres Staats-
wesens. Geben Sie der Riebe zum Vaterland in der
Kraft und Entschlossenheit Ausdruck durch Zeichnen der
Kriegsanleihe. Dann wird sich demochteilen der
Epruch auf dem Feinde zu Recht:

Stürmer wird das Reich vernichten.
Wenn wir einig bleiben und hart.
Stürmischer Reissel sollte den begleitenden An-
führungen des Herrn Bischof. Der Vorsitzende dankte
dem Dank der Versammlung an die beiden Redner vor-
redeten Ausdruck und schloß mit einem begeisterten auf-
genommenen Kaiserhymne die Versammlung.

Zur Haltung des Präsidenten Wilson

brachte die Post. (Nr. 515 vom 8. Oktober) einen Artikel aus der Feder des Prof. von Schuler-Gaevernis, des bekannten freisinnigen Mitgliedes des Deutschen Reichstages, welcher eine Reihe neuer Tatsachen vorbrachte. Diese Tatsachen waren bisher in der Öffentlichkeit völlig unbekannt gewesen und gaben gewissen Vorgängen und Diskussionen der Vergangenheit ein ganz anderes Gesicht. Trotzdem konnten wir es nicht für glücklich halten, daß damit Fragen höchst schwieriger Art in einem Augenblick aufgeworfen wurden, welcher für die Behandlung solcher Fragen sehr wenig geeignet ist.

Inzwischen machen jedoch die Angaben des Abg. v. Schuler-Gaevernis die Kunde durch die Presse und finden, da die anscheinend auf Aktienmaterial oder sonst unzuverlässiger Kenntnis beruhen, vielfache Beachtung. Wir können uns daher die Aufgabe nicht entgehen, auch unseren Lesern den Kern mitzuteilen. Es heißt da:

Wilson erklärte sich öffentlich zunächst für die allüberlieferte Nichtbeteiligung in europäische Kämpfe. Die im eigenen Lande viel angeordnete Munitionsausfuhr rechtfertigte er damit, daß auch Deutschland unbestrittenmaßen und ohne das Völkerrecht zu verletzen während des russisch-japanischen Krieges erhebliche Mengen an Kriegsmaterial ausgeführt hatte, und zwar aus geographischen Gründen auch nur an eine der kriegführenden Parteien, nämlich Rußland. Zum Eingreifen fühlte er sich nur verpflichtet, soweit amerikanische Interessen durch Völkerrechtsverletzungen der kriegführenden Parteien beeinträchtigt wurden. Wilson glaubte feststellen zu müssen, daß sowohl England wie Deutschland im Seekriege das Völkerrecht verletzen; indem England die Neutralen blockierte und Roburmittel für die deutsche Zivilbevölkerung nicht hereinließ, verletzte es amerikanische Vermögensinteressen. Wilson erklärte, diese Verletzung durch Schadenersatzansprüche gegen England aufzuheben zu wollen. Deutschland verletzte nach Wilsons Auffassung das Völkerrecht, indem es durch seine U-Boote ohne Warnung neutrale Schiffe torpedierte, also ohne der Bedingung Gelegenheit zur Rettung zu geben. Menschliches Leben sei mit Vermögensschäden Schadenersatz nicht zu vergüten. Daher sei der Krieg mit Deutschland unvermeidlich, falls Deutschland auf dieser Methode bestünde. Diese Argumentation hat Wilson uns mehr als einmal kundgegeben, über die der deutsche Völkerrechtler der Reichsregierung keinen Zweifel gelassen hat.

Als Deutschland Frühjahr 1916 in der U-Boote-Affäre gelegentlich des sogenannten Suffer-Falles zurücktrat, geschah dies unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten für den Frieden sich bemühen würden. Wilson ging eifrig auf diesen Vorstoß ein, erklärte jedoch, einige Zeit zu gebrauchen, bis die öffentliche Meinung sich beruhigt habe. Auch konnte er vor seiner Rückkehr, die höchst ungewiß war, nichts austragen; denn ein so unsicherer Friedensvermittler kam nicht in Betracht. Wilson würde als Friedensvermittler und Friedensvermittler getätigt, wobei die diplomatischen Mittel und Weisheiten, sowie die Amerikaner deutschen Vorurteilen den Ausschlag gaben. Friedensvermittler zu sein, war Wilsons persönlicher Ehrgeiz. Die Nation war des Krieges tommüde. Hughes fiel, weil Roosevelt, der als Kriegsanwalt auftrat, für ihn eintrat. Die breite öffentliche Meinung würde Deutschland ausbleibend geneigter — Herbst 1916.

Wilson bereite die Friedensaktion vor, äußerte jedoch, die von ihm schon im Oktober 1916 gezeichnete Friedensnote herauszugeben, weil er die öffentliche Meinung seines Landes noch nicht für reif hielt, bis das deutsche Friedensangebot überliefen in die Welt trat. Trotz der böhmischen Antwort, die das deutsche Friedensangebot durch Lloyd George erhielt — eine Antwort, welche Wilson ausdrücklich als „unannehmbar“ für Deutschland bezeichnete —, gab Wilson seine Friedensaktion nicht auf. Nachdem England seine Bedingungen öffentlich kundgegeben hatte, forderte Wilson Deutschland auf, das Gleiche zu tun. Deutschland landete hierauf in vorläufiger Weise seine durchaus mangelhaften Friedensvorläufe, die trotz ihrer Vertraulichkeit in die amerikanische Presse kamen. Nachdem nunmehr auch England in vertraulicher Weise an Wilson erklärt hatte, daß seine öffentlichen Bedingungen nicht das letzte Wort seien, glaubte Wilson „den Frieden ohne Sieger u. Besiegte“ in erreichbarer Nähe: Neujahr 1917. Nun erfolgte Wilsons große Rede an den Senat, Januar 1917, welche einen Frieden ohne Annexionen, den Völkerrechtsbündel, die Regierung aller Völker unter Zustimmung der Regierten, also ein türkisches Konstantinopel, ein deutsches Elbasch-Bohringen, vor allem aber „freie Meere“ betraf, womit die englische Blockadepolitik verurteilt wurde. Ich habe damals — selbstverständlicherweise nicht ohne Erlaubnis unserer Zensurbehörde — einen ausführlichen Rundschreiben mit warmer Zustimmung an eine mir befreundete amerikanische Zeitung geschickt. Wilson wurde mit Vorwürfen überschüttet, für Deutschland Partei genommen zu haben. Aber die öffentliche Meinung der breiten Mittel- und Weststaaten war im Laufe des Jahres 1916 für Deutschland umgeschlagen und wäre es noch mehr ohne die Propagandaschritte belgischer Arbeiter. Man wollte den Frieden. Der Viererband ätzte, daß Wilson und Deutschland sich die Hand reichen könnten, wobei Wilson als Druckmittel gegen England die Embargo, d. h. das Verbot der Ausfuhr amerikanischer Waren nach England in der Hand hielt, das Englands Kriegführung lahmgelegt hätte.

Statt dessen erklärte Deutschland in unerwarteter Weise den rücksichtslosen Unterseebootskrieg. Der Krieg mit den Vereinigten Staaten war damit unvermeidlich geworden.

Diese Mitteilungen waren in hohem Maße verblüffend. Noch auffällender aber waren Bemerkungen zu ihnen, welche Georg Bernhart in der Post. (Nr. 516 vom 9. Oktober) veröffentlicht. Es heißt in ihnen:

Es war damals in Deutschland eine starke Strömung für den U-Bootskrieg und gegen die Wilsonsche Friedensvermittlung vorhanden. Es ist ja erinnerlich, daß der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg anderer Ansicht war. Wenn er nun seine Politik für richtig hielt und sie dauernd in Amerika weiter betrieb, so war es natürlich seine Pflicht, die öffentliche Meinung davon zu unterrichten. Aber er hatte die vielleicht nicht unbedeutende Furcht, daß er dann in der Presse einer sehr scharfen Opposition begegnet sein würde. Aus dieser

Furcht heraus schwieg er. Niemand in Deutschland konnte wissen, daß die Erklärung des unbeschränkten U-Bootskrieges nicht etwa bloß sachlich der Meinung des Präsidenten Wilson entgegenstand, sondern von ihm geradezu als eine moralische Ohrfeige empfunden werden mußte. Erst wenn man die Vorgänge ganz genau kennt, hat man so überhaupt den Schlüssel für die maßlos heftige Sprache Wilsons nach der deutschen U-Boots-Note. Denn was sollte eigentlich ein Mann von einer Regierung denken, die ihn dauernd um Frieden bittet und dann, nachdem er sich bereit erklärt hatte, ihren Vitten nachzugeben, ihm plötzlich (neben dem berühmten Mexico-Angebot) unvermittelt mit der U-Boots-Note ins Gesicht schlägt? Entweder mußte er an eine doppelzüngige verlogene Einhaltungsmaßnahme Deutschlands glauben, oder es mußte sich eben in ihm der Glaube festsetzen, da es namentlich von der unbedingten Anständigkeit des deutschen Vorkriegs überzeugt war, daß es zwei Regierungen in Deutschland gab. Das deutsche Volk hätte in seiner großen Mehrheit, unbeschadet eines solchen Standpunktes, niemals eine Politik geduldet, die es in diesen auf der Zweideutigkeit gebracht hätte. Dazu kommt aber weiter, daß nach unserer Auffassung den entscheidenden Instanzen, die schließlich zur Verkündung des U-Bootskrieges aus wichtigen militärischen Gründen ausschlaggebend mitwirkten, Herr von Bethmann-Hollweg von den weittragenden Schritten, die er in Amerika unternommen hatte, und die die deutsche Politik bis zu einem gewissen Grade der Freiheit beraubten, keine Mitteilung zu machen für gut befunden hat. Ganz selbstverständlich für uns wäre es gewesen, daß eine U-Boots-Erklärung Kriegsgrund werden mußte, die von deutscher Seite erklärt wurde, nachdem man vorher die oben beschriebene Politik in Amerika betrieben hatte. Wenn wirklich im Januar 1917 der Frieden zu erreichen war, so trägt die schwere Verantwortung für die Blutopfer, die seit jener Zeit geflossen sind, die Schwäche der Bethmannschen Politik.

Aus dem angegebenen Grunde beschränken wir uns, so bemerkt dazu die „Rhein. Volksztg.“, der wir diese Zusammenstellung entnehmen, in diesem Augenblick darauf, unseren Lesern das sachliche Material vorzulegen. Zu demselben wäre sehr viel zu sagen. Aber nicht jetzt! Derzeitige Augenblick ist dafür der denkbar ungünstigste. Die Besprechung der mit diesen Veröffentlichungen aufgeworfenen Fragen muß der Zukunft vorbehalten bleiben.

Rundgeherungen am Niederrhein.

M. Gladbach, 11. Oktober. In sieben großen, stark besuchten Versammlungen befandete gestern Abend die Bevölkerung von M. Gladbach-Stadt u. -Rand, daß wir hier am Niederrhein auch angesichts der veränderten Verhältnisse das Vertrauen nicht verloren haben. Die Versammlungen waren auf Anregung des Kathol. Volksvereins für alle Konfessionen und Stände einberufen worden. Im Anschluß an gleichgestimmte Reden wurde dann überall folgende Entschliessung angenommen:

Tausende von Bürgern M. Gladbach aus verschiedenen Parteien und Konfessionen in sieben öffentlichen Versammlungen vereint, billigen einmütig den Friedensschritt der neuen deutschen Reichsregierung und des Reichstages, durch den ein dauernder Frieden auf dem Boden eines allgemeinen Völkerbundes herbeigeführt werden soll. Sie begrüßen es insbesondere, daß das deutsche Volk als erstes durch seine verfassungsmäßige Vertretung seine rücksichtslose Bereitschaft erklärte, nach den neuerlichen Vorstößen des Präsidenten Wilson sich an der Errichtung eines solchen Völkerbundes zu beteiligen, der jedem Volk sein Recht auf Freiheit, Leben und Arbeit gleichmäßig sichert. Sollten unsere Feinde zu einem so gearteten Frieden sich nicht bereit finden lassen, so geloben wir, weiterhin entschlossen alles einzusetzen und kein Opfer zu scheuen zur Verhinderung unserer nationalen Existenz und Zukunft.

Eine achte, ebenfalls sehr zahlreich besuchte Versammlung fand gleichzeitig im Gemeindefaal der evangelischen Gemeinde statt. Dort wurde betont, daß auch die evangelischen Kreise nach Äußerungen dazu beitragen würden, eine starke einheitliche innere Front herzustellen, damit die äußere unerückter bleibe.

Die Massenflucht aus Lille.

BB. Berlin, 13. Okt. (Anst.) Auf Anfragen der Obersten Heeresleitung hat die deutsche Regierung vorgeschrieben, die Schweizer Regierung gebeten, sie möge sich umgehend an die französische Regierung wenden und ihr mitteilen, daß sich der Einwohner von Lille und der umliegenden Arbeiterstädte eine ungeheure Erregung bemächtigt habe. Die Furcht vor einer Beschädigung dieser Städte durch die Entente mache eine allgemeine Panik wahrheitsähnlich. Falls es infolgedessen zu einer Massenflucht von diesen Tausenden von Menschen komme, mit welcher mit Sicherheit gerechnet werden müsse, so werde die deutsche Heeresleitung nicht instand sein, für diese Massen annähernd zu sorgen. So sehr sie bemüht sei, das Los dieser Unglücklichen zu erleichtern.

Gleichzeitig ist unter Mitteilung des oben geschilderten Sachverhalts die holländische Regierung befragt worden, ob es ihr möglich sein würde, für die Unterbringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Die holländische Regierung hat auf unsere Anfrage ihre Bereitwilligkeit erklärt, nach Möglichkeit zu helfen. Von der französischen Regierung ist bisher keine Mitteilung eingegangen. Mittlerweile hat die befürchtete Massenflucht eingesetzt.

BB. Berlin, 12. Okt. Lille ist von den Engländern beschossen worden und zwar erhielt am 10. Oktober die Vorstadt Vambertart, am 11. die Vorstadt Madelaine ein schweres Feuer.

Anschließend der Wärmung ausgegebener Ortlichkeiten haben Landeseinwohner vielfach zu deutschen Heeresangehörigen gedauert, sie zogen trotz aller Trauer über die Trennung von ihren Heimstätten vor, mit uns zurückzugehen, statt auf die Engländer zu warten. Mit den deutschen Behörden und Truppen seien sie immer vorzüglich aufgenommen, von den Engländern dagegen erwarteten sie weniger rücksichtsvolle Behandlung.

Nordfranzösische Städte unter engl.-französischem Artilleriefeuer.

BB. Berlin, 13. Okt. Die Flucht der franzö-

sischen Bevölkerung aus den dem englischen Feuer ausgesetzten französischen Ortschaften hat in Erwartung einer Befreiung auch auf Lille und die Nachbarstädte von Lille übergriffen. Die Zahl der Flüchtlinge geht in die Tausende. Die deutsche oberste Heeresleitung ist bemüht, die Not der Flüchtlinge nach Möglichkeit zu lindern und bereitet weitere Schritte zur Durchführung dieses Bestrebens vor.

Am 10. Oktober wurde Douai besonders heftig beschossen. Unter der Wirkung der englischen Brandgranaten entzündeten sich zahlreiche Gebäude. Ebenso lag auf der 10 bis 12 Kilometer hinter der Front liegenden Stadt Denain am Nachmittag ein schweres Feuer. Das englische Fernfeuer erstreckte sich auf den ganzen Abschnitt Douai-Cambrai und erfasste zahlreiche Häuser verstreut gebliebene Ortschaften. Besonders schwer litten die nahe der Front liegenden Städte Solesmes und Le Chateau unter dem englischen Feuer. Der englische Kriegsberichterstatter Berthold Philippus berichtet über ein schönes Beispiel für die Art und Weise, wie die deutschen Militärbehörden in dem geräumten Gebiet für die Sicherheit der Zivilbevölkerung sorgen. Er schreibt: Der deutsche Platzkommandant in einem Dorf machte aus einem Betttuch eine weiße Flagge, malte ein rotes Kreuz darauf und hängte dieselbe an der Kirchentür auf, um so die Anwesenheit von Zivilisten anzuzeigen.

Die gescheiterten Durchbruchversuche.

BB. Berlin, 12. Okt. Die in den letzten Wochen mit aller Blutmöglichkeit und Ruhe durchgeführten Durchbruchversuche und dadurch bewirkte Verstärkung der Front haben die deutsche Oberste Heeresleitung in den Stand gesetzt, alle Durchbruchversuche abzuweisen. In der Champagne führte der von den Deutschen rechtzeitig erkannte Angriff zu einer schweren Niederlage der Franzosen. Zwischen Argonne und Reims sind immer wiederholten Durchbruchversuche der Amerikaner gescheitert und zwischen Cambrai und St. Quentin konnten die Engländer das deutsche Linienstücken zwar zurückdrücken, aber nicht durchbrechen.

Auf den Erfolg ihrer Operationen zwischen Cambrai und St. Quentin hatte die feindliche Heeresleitung besondere Hoffnungen gesetzt. Am 8. Okt. fand hier hinter den Dünken von Premont das gesamte englische Kavalleriekorps mit zahlreichen Batterien bereit, um nach gelungenem Durchbruch zur Verfolgung vorzuziehen und die Verbindungen zwischen Le Cateau und Valenciennes abzuschneiden. Die englischen Reiter wurden jedoch von den deutschen Fliegern rechtzeitig erkannt und durch Artilleriefeuer gestoppt.

Am 11. Oktober versuchten die Engländer einen neuen Durchbruch nördlich von Cambrai in Richtung auf Valenciennes. Sie griffen diesmal mit mehreren frisch eingeleiteten englischen und kanadischen Divisionen auf verhältnismäßig schmalen Raum, jedoch in zugeordneten Tiefe an. Ihre dichten Angriffswellen wurden teilweise von britischen Offizieren geführt. Zahlreiche Tanks erhielten ihnen voran. Im ersten Ansturm gelang es ihnen, das in der deutschen Linie liegende Dorf Nouvion zu nehmen. Auf den Höhen südlich und südöstlich des Dorfes brachten jedoch deutsche von Panzern begleitete Gegenkräfte den englischen Angriff bald zum Stehen.

Durch die weiteren Rückverlegungen am Themin des Domes, an der Aisne und in der Champagne wird eine weitere Rührung und Stärkung der deutschen Front bewirkt.

Die flüchtenden Städte Nordfrankreichs.

Unter dieser Spitzmarke schreibt der Kriegsberichterstatter Adolf Rötter von der Westfront (Frankf. Ztg.): Der sterbende Krieg bringt den Zivilistenwohnern des besetzten Gebietes noch einmal die Schrecken des längst vergessenen Vormarsches von 1914. Sie haben es in diesen vier Jahren niemals leicht gehabt. Jetzt wird ihnen die Stunde der so-ge-richtigen Befreiung zur grausamen Enttäuschung. Indem die letzten territorialen Gewinne der Engländer und Franzosen eine Reihe von Städten, wie Cambrai, Douai, Lille, Roubaix, in unmittelbare Frontnähe rückt, ist unter den städtischen Einwohnern eine Panik entstanden, die alle Vorbeden unseres Hinterlandes mit Flüchtlingen überflutet. Das rücksichtslose Feuer des Gegners auf Douai und Cambrai ist der eigentliche Grund dieser Massenflucht. Es ist den Deutschen bei allem guten Willen unmöglich, die Bevölkerung von Großstädten, wie Lille und Roubaix, ordnungsgemäß abzutransportieren. Verhände, die Leute wie beim Sündenbrennritzung 1917 bei durch die Front zu ihren Vordrängern zu bringen, scheiterten an ihrer strikten Weigerung. Statt dessen ergießen sich aus Städten, die noch gar nicht bedroht sind, täglich neue Scharen auf die Randstrassen. Schon sind es Hunderttausende, die augenblicklich zum Teil ohne Obdach in der deutschen Etappe umherirren. Sollte der Krieg in der bisherigen Form weitergehen, so müßte die Massenflucht zu einer Katastrophe führen, vorausgesetzt, daß es nicht bald gelingt, über die Fronten oder Grenzen hinweg zu einer Verständigung zu gelangen, die das Schicksal dieser Unglücklichen mildert.

Französische Heide gegen Deutschland.

Bern, 13. Okt. In der Pariser Presse wird das Bestreben deutlich erkennbar, auf Wilson einzuwirken, damit er seine Bedingungen Deutschland gegenüber verschärft. Das dem Quai d'Orsay nachstehende „Echo de Paris“ warnt mit allem Nachdruck davor, sich durch die Parlamentarisierung Deutschlands blaffen zu lassen, desgleichen auch vor dem föderativen Experimenten, die auch auf Österreich-Ungarn übergriffen hätten. Es sei die Aufgabe Wilsons, dieser gefährlichen Komödie zu steuern, die, falls sie fort-dauere, die unvermeidliche Wirkung haben werde, die siegreiche Entente zu entzweiten, ihre Entschlüsse zu verzögern u. die besiegten Mittelmächte neu zu beleben. Die größte Disziplin sei vonnöten. Die optimistischen Nachrichten würden vom Publikum allzu bereitwillig aufgenommen. Darin liege eine Gefahr.

Der Zusammenstoß des Völkerbundes.

Bern, 12. Okt. Die große Rede Wilsons über den Völkerbund, der bei den Friedensverhandlungen zu gründen sei, hatte Valfour mit dem Einwand beantwortet, daß zuerst ein möglichst vorteilhafter Frieden geschlossen werden müsse; darauf könne man den Völkerbund bauen. Nach der „Daily News“ hat diese Antwort in Amerika mißfallen, und man erklärt dort von neuem, daß der Völkerbund, wie ihn die letzte große Rede des Präsidenten vorschlägt, der Hauptzweck der Friedenskonferenz sei, und daß Wilson ungeschuldig darauf warte, daß sich die verbündeten Mächte einmütig hinter dieses Programm stellten. Die Times meldet ähnliches aus Washington; sie stellt die Stimmung so dar, als wolle Amerika ein buhertes, im Innern reformiertes Deutschland mit Freuden als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufnehmen.

men. Zeitungen zieht die Times aus diesen Auseinandersetzungen doch die Lehre, daß es die höchste Zeit für England sei, sich mit dem Völkerbund zu beschäftigen, damit man von den Ergebnissen nicht unliebsam überrascht werde. Es dürfte dadurch kein Augenblick mehr verloren werden.

Rußland.

Trepow erschossen.

Basel, 9. Okt. Nach einem Stockholmer Sonderbericht aus Petersburg wurde der ehemalige Ministerpräsident Trepow erschossen.

BB. Petersburg, 9. Okt. Die Presse meldet, daß in Benfa als Antwort auf die Ermordung des Mitgliedes der außerordentlichen Kommission Jegerows, welcher aus dem Peterburger Senat abkommandiert war, und für den Ueberfall auf einen Gefängniswärter 250 Geiseln erschossen wurden.

Langing und Lloyd George.

Basel, 12. Okt. „Daily Chronicle“ meldet am Freitag früh, daß zwischen Langing und Lloyd George ein Depechenwechsel stattgefunden habe, der die völlige Uebereinstimmung der englischen und amerikanischen Auffassung ergeben habe. Das Blatt schreibt, daß die Sonderinteressen der Einzelstaaten hinter den allgemeinen Interessen zurücktreten müßten.

Stimmungsumschwung in Italien.

Rom, 12. Okt. Die Blätter melden aus Rom, daß der Stimmungsumschwung der römischen Zeitungen zur Wilsonschen Haltung allgemein sei. Selbst die „Tribuna“ betont die Notwendigkeit für Italien, Sonderinteressen jetzt zurückzustellen, um die Einheit der Verbündeten in den bevorstehenden wichtigen Verhandlungen unter allen Umständen zu gewährleisten.

Kleine Nachrichten.

Wien, 12. Okt. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Sofia gemeldet wird, ist General Samow in Sofia, der Vertrauensmann des kaiserlichen Ferdinand, verhaftet worden.

Basel, 12. Okt. Der parlamentarische Korrespondent der „Daily News“ schreibt, daß das deutsche Friedensangebot nach den Ansichten von Politikern eine allgemeine Wahl in Großbritannien im Dezember noch wahrscheinlicher machen wird.

Deutschland.

Allgemeine Amnestie wegen politischer Vergehen.

BB. Berlin, 12. Okt. Der Kaiser und König hat den Reichskanzler und den preussischen Justizminister beauftragt, solche Verordnungen, die vom Reichsgericht oder von preussischen Zivilgerichten, einschließlich der außerordentlichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und Vergehen zur Strafe verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß oder bei Weisensheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittellunten und ähnlichen Ausstellungen bestraft sind, in weitem Umfang um zur Vergnügung vorzuschlagen. Ein solcher Antrag ist von den deutschen Bundesfürsten und Senatoren der freien Städte wegen der in ihrem Gebiet begangenen gleichartigen Straftaten ergangen.

Ein Aufruf der Polen in Breslau.

Sämtliche poln. Blätter in Breslau veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf, in welchem von Wilsons Friedensprogramm und von der zunehmenden letzten deutschen Rolle als genommen und daraufhin die Wiedergutmachung des Unrechts, das durch die Teilung Polens vor mehr als 100 Jahren geschah, im Namen der Gerechtigkeit gefordert und begrüßt wird.

* Zum Generalsekretär der fortschrittlichen Volkspartei ist der preussische Landtagsabgeordnete Volkstheater Debus aus Halle, der den Stadtkreis Halle und den Saalkreis im Abgeordnetenhaus vertritt, gewählt worden.

Provinzielles.

11. Thalheim, 14. Okt. Herr Harrer Burggraf wurde das Dienstkreuz für Kriegsdienst verliehen.

...: Hundlungen, 13. Okt. Jetzt hat endlich hier die Werbestätigkeit für die neunte Kriegsanleihe kräftig eingesetzt. Nachdem schon am vorigen Sonntag von der Angel aus mit eindringlichen Worten zur eifrigen Beteiligung an der Zeichnung aufgefordert worden war, hielt heute gegen Abend Herr Dr. Strieder von Weierburg im Saal des Herrn Gastwirts Verborn dahier eine öffentliche Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Orts Pfarrers ab. Im vordem Rede, die am Schluß mit lebhaftem Beifall belohnt wurde, sprach er über die Notwendigkeit, Sicherheit und Vorteilhaftigkeit der Anleihe, so daß zu erwarten ist, daß die Bewohner von Hundlungen und Umgebung, wie bei den früheren, so auch bei der jetzigen Kriegsanleihe ihre patriotische Gesinnung bewahren und einen schönen Gesamtbetrag zeichnen werden.

H. Hagenburg, 14. Okt. Der Fabrikarbeiter Bonn wurde auf dem Jagdgebiet seines Arbeitsgebers durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel schwer verletzt.

St. Rom Rhein, 14. Okt. Der Weinpreiskurs hat so ungnädig auf die Traubenpreise gewirkt, daß in Rester Weintrauben zu 60-65 Mark pro Zentner verkauft wurden.

H. Böhle, 14. Okt. Zwei Nächte hintereinander wurde die im Stadteil Unterliederbach gelegene Tannus-Gehäule von Einbrechern heimgesucht, die sämtliche in dem Betriebe vorhandenen Arbeitskleider und andere zahlreiche Sachen raubten, jedoch am Freitag die Arbeit ruhen mußte. Um dem Raub zu abzuwehren, mußte die Stadt der Fabrik schließlich Kleider für die Arbeiter beschaffen.

H. Hisingen, 14. Okt. Der in den Jahren 1914 und 1915 hier tätig gewesene Landrat Georg Bachmeister ist im Rabau, seinem jetzigen Wirkungsorte, im Alter von 88 Jahren der Grube erlegen.

H. Frankfurt, 14. Okt. Bei einem Einbruch in das Optische Geschäft von Schleif-Sträßlein am Kaiserplatz in der Nacht zum Samstag erbeuteten die Diebe Mikroskope, Ferngläser und andere optische Waren im Werte von 25-30 000 Mk. Da die wertvollsten Sachen unberührt blieben, scheinen die „Einbrecher“ keine Profiteure gewesen zu sein. — In der Nacht zum Sonntag wurden



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, unsern lieben, herzenguten, braven, hoffnungsvollen Sohn, Bruder, Nefen und Vetter, den

Unterprimaner

Toni Menge

am 14. Oktober, 12 $\frac{1}{2}$ Uhr nachts nach langem Siechtum, und kurzem, aber schweren Krankenlager, wohl vorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente zu sich in die Ewigkeit abzurufen.
Gott ergeben, wie er stets in seinen 19 Lebensjahren gelebt, und geduldig die großen Mühlsale seines schweren Leidens getragen, so trat er vor den ewigen Richter.

8025

Um ein frommes Gebet der Priester und der Gläubigen bittet

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Postsekretär H. Menge und Familie.

Hadamar, den 14. Oktober 1918.

Wir bitten von Beileidsbesuchen abzusehen.

Beerdigung Donnerstag, den 17. Oktober, 11 Uhr vormittags. Exequien Donnerstag, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags.

Rgl. Gymnasium in Hadamar.

Der Herr über Leben und Tod hat in der verflochtenen Nacht den Unterprimaner

Anton Menge

aus Hadamar zu sich ins bessere Jenseits abgerufen.

Wir betrauern in dem Verschiedenen einen sehr begabten, braven und fleißigen Schüler, der trotz mehrjähriger körperlichen Leiden seine Pflicht aufs treueste erfüllte und wegen seines echt kameradschaftlichen Wesens bei seinen Mitschülern sehr beliebt war.

Er ruhe in Frieden.

Hadamar, den 14. Oktober 1918.

(8044)

Der Gymnasialdirektor: Heun.

Wegfall von Bügen.

Vom 14. Oktober d. J. ab müssen die in den Aushäng- und Taschenscheiben mit einem Punkt gekennzeichneten Schnell- und Personenzüge bis auf weiteres ausfallen. (832)
Königl. Preuss. u. Großh. Hess. Eisenbahndirektion Mainz.

Geschäfts-Verlegung!

Der verehrten Einwohnerschaft von Limburg und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage mein Lederwaren-Geschäft nach

8019

Unt. Grabenstr. 35

verlegt habe.

Um weiteren Zuspruch bittet

Johann Becher, Limburg

Sattlermeister.

Habe von Mittwoch früh an eine Partie schöner, schwerer

Ferkel

in meinem Stalle zu verkaufen.

8031

Karl Lindlar,

Weidb. Telefon Nr. 80.

Batterien 1.50 M. u. 1.60 M.

Erstklassiges Fabrikat, für Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Dr. H. Stork, Frankfurt a. M.,
Güßlerstr. 8. Fernsprecher Panja 8125 928

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, meinen lieben Mann, guten Vater, Bruder, Schwager und Onkel, Herrn

Glasormeister und Gemeindevorsteher

Anton Müller

nach kurzem, schwerem Leiden, wohl vorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 63 Jahren gestern abend zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Agnes Müller und Sohn.

Villmar, den 14. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. Oktober, morgens 8 Uhr statt; das Seelenamt am gleichen Morgen um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

8040

Ausrüstungs-Stücke

für Offiziere, Militärbeamte und Mannschaften.

Uniformstücke — Hülsen — Degen

wasserdichte Bekleidung.

1

Wilh. Lehnard senior, Kornmarkt.

Die wirklich vorgeführten

Arbeitsbücher für Schuhmacher

sind bei uns zu haben.

Limburger Vereinsdruckerei, Limburg.

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1

1